

Substanzielles Protokoll 121. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. April 2012, 17.00 Uhr bis 19.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Marlène Butz (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Monika Erfigen (SVP),
Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2000/126 | * Weisung vom 28.03.2012:
Motion der Spezialkommission Hochbaudepartement/ Stadt-
entwicklung betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999),
Teil III, flankierende Massnahmen, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 3. | 2012/127 | * Weisung vom 28.03.2012:
Stadtentwicklung, Sponsoringbeitrag an freestyle.ch Zürich für
die Jahre 2012 bis 2014 | STP |
| 4. | 2012/128 | * Weisung vom 28.03.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft
Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die
Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung | FV |
| 5. | 2012/136 | * Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL)
vom 28.03.2012:
Neugestaltung des Goldbrunnenplatzes für die Quartierbevölke-
rung | VTE |
| | | E | |
| 6. | 2012/134 | * Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP)
vom 28.03.2012:
Realisierung von Gewerbenutzungen auf den lärmbelasteten
Flächen entlang der Eisenbahn | VHB |
| | | E | |
| 7. | 2012/135 | * Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP)
vom 28.03.2012:
Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zäh-
ringerstrasse/Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahr-
verbots | PV |
| | | E | |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|----------|--|------------------|
| 8. | 2012/80 | *
E/T | Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 07.03.2012:
Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen | STP |
| 9. | 2012/122 | E/A | Motion der CVP-, SP- und Grüne-Fraktion sowie 3 Mitunterzeichnenden vom 21.03.2012:
VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung auf der Grundlage der Studienvariante «Platte» | VHB |
| 10. | 2012/123 | *
A | Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.03.2012:
Verzicht auf die finanzielle Unterstützung des Projekts «Art and the City» | VTE |
| 11. | 2012/120 | | Beschlussantrag von Gian von Planta (GLP) und Markus Knauss (Grüne) vom 21.03.2012:
Änderung der Sitzungszeit des Gemeinderats | |
| 12. | 2012/121 | | Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 21.03.2012:
Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Ausrichtung einer Mandatsentschädigung statt eines Sitzungsgeldes für die Plenarsitzungen | |
| 13. | 2011/209 | | Weisung vom 15.06.2011:
Polizeidepartement, Änderung von Art. 16 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 2 der Verordnung über das Taxiwesen (Taxiverordnung) | PV |
| 14. | 2009/602 | | Weisung vom 06.04.2011:
Dringliche Motion von Robert Schönbächler (CVP) betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss, Bericht und Abschreibung | VIB
FV
VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

2569. [2012/155](#) Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Peter Küng (SP) vom 04.04.2012: Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals

Patrick Hadi Huber (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Kasernenareal steht nach vierzig Jahren endlich vor einer neuen Ausgangslage. Daher wird es Zeit, eine sorgfältige Planung für die zukünftige Nutzung des Areals einzuleiten.

Der Rat wird über den Antrag am 18. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2570. 2012/162

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.04.2012:
Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ungereimtheiten bei Stadträtin Ruth Genners Aussagen

War es einfach Unwissenheit, oder waren es womöglich gezielte Fehlinformationen oder war es sogar bewusstes Kalkül, als Stadträtin Ruth Genner anlässlich einer ihrer Reden im Gemeinderat am 14. März 2012 anscheinend fragwürdige Aussagen verbreitete? Wir wissen es nicht. Fakt ist, dass die Magistratin im Rahmen der Beratung zur stadrätlichen Weisung 2011/323 (Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz) vom 14. März 2012 in diesem Saal sagte, dass (Zitat) "... Vo Siitä vom Kanton liit s'Ivverständnis zum Strassäbauprojekt vor .." und weiter "... Däm Strassäbauprojekt am Utoquai isch zwüschiittlich Rächtschraft ärwachsä. ...". Während der Kommissionsarbeit erwähnte Frau Stadträtin Genner zudem wiederholt, dass der Spurabbau am Utoquai Richtung Schoeckstrasse seitens Kanton Zürich abschliessend bewilligt sei.

Am 15. März 2012 wollte es die SVP-Gemeinderatsfraktion genau wissen. In einem Brief an die dafür beim Kanton Zürich zuständige Volkswirtschaftsdirektion stellte ich diesbezügliche Fragen. Die in zwischen vorliegende Antwort des Volkswirtschaftsdirektors lässt aufhorchen. In seinem Brief vom 3. April 2012 schreibt Regierungsrat Ernst Stocker (Zitat) "Der Projektteil Utoquai/Schoeckstrasse war aber nicht mehr Bestandteil des zu genehmigenden Projektes. Eine Projektgenehmigung für den Spurabbau in Richtung Schoeckstrasse durch den Regierungsrat liegt somit nicht vor." und weiter "Ein Antrag zur Projektgenehmigung durch den Regierungsrat für einen Spurabbau in Richtung Schoeckstrasse ist bei der Volkswirtschaftsdirektion nicht hängig."

Die SVP-Gemeinderatsfraktion und die Öffentlichkeit erwarten vom Stadtrat in Kürze genaue Antworten auf die Ungereimtheiten in Zusammenhang mit Ruth Genners Aussagen. Bleiben diese so im Raum stehen, muss demzufolge festgestellt werden, dass der Gemeinderatsbeschluss über die neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz auf falschen Grundlagen erfolgte. Die SVP erwartet vom Stadtrat, dass er absolute Transparenz in dieser Sache gegenüber der Bevölkerung von Zürich herstellt. Liegt tatsächlich keine Genehmigung seitens Kanton für den Spurabbau vor, ist dies im entsprechenden Abstimmungstext offen und ehrlich zu kommunizieren. Auf die möglichen Konsequenzen ist bei einer allfälligen Annahme der Vorlage in aller Deutlichkeit hinzuweisen. Zusätzlich werden die Arbeiten in den gemeinderätlichen Fachkommissionen und in diesem Rat in Zukunft unter solchen Voraussetzungen noch schwieriger.

2571. 2012/163

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.04.2012:
Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen**

Namens der FDP-Fraktion verliest Marc Bourgeois (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Tiefbaudepartement beliefert Gemeinderat und Volk mit Falschinformationen

Die FDP hatte zusammen mit der SVP und den SD das Behördenreferendum gegen den nicht nachvollziehbaren Spurabbau am Sechseläutenplatz ergriffen. Damit sollte das Volk Gelegenheit erhalten, dazu Stellung zu nehmen.

Inzwischen hat ein Briefwechsel zwischen dem zuständigen Regierungsrat Ernst Stocker und der SVP Gemeinderatsfraktion Ungeheuerliches zutage gefördert: Entgegen mehrfacher, schriftlich und mittels Audioprotokoll belegter Aussagen von Stadträtin Ruth Genner gegenüber der zuständigen Kommission und gegenüber dem Gemeinderat wissen wir heute vom Regierungsrat:

1. Eine Projektgenehmigung für den Spurabbau am Utoquai liegt nicht vor. Und:
2. Ein Antrag zur Projektgenehmigung durch den Regierungsrat für einen Spurabbau in Richtung Schoeckstrasse ist bei der Volkswirtschaftsdirektion nicht einmal hängig.

Die FDP stellt fest, dass das Tiefbaudepartement hinsichtlich des nachträglich hineingeschmuggelten Spur-

abbaut die zuständige Kommission, den Gemeinderat und das Volk mehrfach falsch informiert und an der Nase herumgeführt hat. Ein solches Verhalten ist inakzeptabel.

Der Scherbenhaufen ist jetzt perfekt, und Stadträtin Ruth Genner hat ihn zu verantworten. Die FDP erinnert aber auch die rot-grüne Gemeinderatsmehrheit daran, dass dieser Schlamassel leicht vermeidbar gewesen wäre: In Kommission und Rat versuchte die FDP bis zuletzt, mit aller Kraft mit der moderaten Forderung nach einer Trennung der Platzfrage von der Spurfrage den Sechseläutenplatz zu retten. Damit hätte der Sechseläutenplatz ohne weitere Verzögerungen gebaut werden können – so, wie ihn das Volk genehmigt hatte, wie er vom Kanton bewilligt ist und wie ihn sich auch die FDP gewünscht hätte. Ruth Genner – und mit ihr die rot-grüne Mehrheit dieses Rates – haben die von der FDP dargereichte Hand leider nicht ergriffen und stur auf dem Spurabbau beharrt. Damit haben sie den ganzen Sechseläutenplatz im Minimum verzögert wenn nicht gar gefährdet.

Für die FDP bestätigt sich, dass Informationen von Stadträtin Genner und ihrem Departement kein Vertrauen geschenkt werden darf, was eine konstruktive Arbeit in Kommission und Gemeinderat verunmöglicht.

2572. 2012/164

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 11.04.2012:
Neues Kongresszentrum Zürich**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

CVP begrüsst die weiteren Schritte für ein Kongresszentrum

Die CVP der Stadt Zürich nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat gemäss der im Herbst 2007 beantworteten Motion der CVP- und EVP-Fraktionen die möglichen alternativen Standorte für ein neues Kongresszentrum auf Ihre Eignung geprüft und die unterschiedlichen Projektrisiken gegeneinander abgewogen hat. Zürich braucht dringend ein neues Kongresszentrum, daher begrüsst die CVP grundsätzlich die heute bekanntgewordenen nächsten Planungsschritte.

Der Standortentscheid überrascht die CVP hingegen. Für unsere Partei stand der Standort Carparkplatz – oder am See – im Vordergrund. Insbesondere die Attraktivität zur Nähe der Innenstadt wäre hier gegeben. Der Stadtrat teilt nun mit, dass das vorgesehene Raumprogramm sich am Standort Carparkplatz nicht realisieren lasse. Die CVP nimmt diese Einschätzung mit Erstaunen zur Kenntnis.

Dennoch begrüsst die CVP die Anstrengungen des Stadtrates am nun vorgesehenen Standort. Dieser eignet sich als neues und attraktives Eingangstor zum aufstrebenden Stadtteil Zürich West. Auch die Verbindungen zum Hauptbahnhof wie auch zum Flughafen sind dank dem in unmittelbarer Nähe liegenden Bahnhof Hardbrücke sehr gut. Die CVP erwartet allerdings, dass dieser Bahnhof in Zusammenarbeit mit SBB und ZVV gleichzeitig umfassend modernisiert und an die aktuellen Kapazitätsbedürfnisse angepasst wird.

Mit dem im Herbst dem Gemeinderat vorzulegenden Projektionskredit für ein modernes und grosszügig konzipiertes Kongresszentrum wird für die Standortattraktivität von Zürich ein nachhaltiger Beitrag geleistet. Die CVP weist allerdings darauf hin, dass dieses ambitionierte Vorhaben nur mit dem frühzeitigen Einbezug der Quartierbevölkerung und einem für alle Seiten überzeugenden Projekt realisiert werden kann.

Persönliche Erklärung:

Christoph Spiess (SD) hält eine persönliche Erklärung zur « Neuen Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen ».

G e s c h ä f t e

2573. 2000/126

**Weisung vom 28.03.2012:
Motion der Spezialkommission Hochbaudepartement/ Stadtentwicklung
betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999), Teil III, flankierende Massnahmen,
Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 10. April 2012

2574. 2012/127

Weisung vom 28.03.2012:

Stadtentwicklung, Sponsoringbeitrag an freestyle.ch Zürich für die Jahre 2012 bis 2014

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 10. April 2012

2575. 2012/128

Weisung vom 28.03.2012:

Liegenschaftenverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 10. April 2012

2576. 2012/136

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL) vom 28.03.2012: Neugestaltung des Goldbrunnenplatzes für die Quartierbevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2577. 2012/134

Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 28.03.2012:

Realisierung von Gewerbenutzungen auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Severin Pflüger (FDP) vom 4. April 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 2536/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 56 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2578. 2012/135

**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:
Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/
Häringstrasse sowie Anpassung des Nachfahrverbots**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Marc Bourgeois (FDP) vom 4. April 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 2533/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 63 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2579. 2012/80

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 07.03.2012:
Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publi-
kationen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. Daniel Regli (SVP) vom 4. April 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2537/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 50 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2580. 2012/122

**Motion der CVP-, SP- und Grüne-Fraktion sowie 3 Mitunterzeichnenden vom
21.03.2012:
VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung auf der Grundlage
der Studienvariante «Platte»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Christoph Gut (SP) vom 4. April 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2534/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2581. 2012/123

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.03.2012:
Verzicht auf die finanzielle Unterstützung des Projekts «Art and the City»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Mauro Tuena (SVP) vom 4. April 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2535/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 63 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2582. 2012/120

**Beschlussantrag von Gian von Planta (GLP) und Markus Knauss (Grüne) vom
21.03.2012:
Änderung der Sitzungszeit des Gemeinderats**

Gian von Planta (GLP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 2494/2012): Es handelt sich um einen persönlichen Antrag, der sich nicht zu 100 Prozent mit meiner Fraktionsmeinung deckt. Mit der Umstellung von einem Feierabend- auf ein Tagesparlament könnten wir ein besseres Parlament werden. Der Gemeinderat verfügt über den viertgrössten Etat aller Parlamente in der Schweiz. Es ist weder seriös noch effektiv, die Parlamentsarbeit nach der Berufsarbeit abzuwickeln. Bei einer Doppelsitzung merkt man jeweils besonders gut, dass die Konzentration am Abend nachlässt. Einige abschweifende Voten würden bestimmt der morgendlichen Nüchternheit zum Opfer fallen. Hätte man geahnt, dass die durchschnittliche Sitzungszeit pro Woche einmal mehr als vier Stunden betragen wird, wäre es wohl niemandem in den Sinn gekommen, die Parlamentssitzung in den Feierabend hineinzudrücken. Wer als engagierte Bürgerin oder Bürger im Gemeinderat politisieren will, hat es schwer: Neben der Rats-sitzung findet jede Woche auch eine Kommissionssitzung statt. Hinzu kommen ein Abend zur Vorbereitung plus weitere Sitzungen, Versammlungen und Anlässe. Die vorzeitigen Rücktritte sind denn auch am Steigen. Im laufenden Jahr haben wir mit siebzehn Rücktritten einen unschönen Rekord erreicht. Dass ein Tagesparlament funktioniert, zeigen neben dem Kantonsrat auch zahlreiche andere Parlamente – egal, ob diese bürgerlich oder links-grün dominiert sind.

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag: Die SVP-Fraktion wird geschlossen gegen diesen Beschlussantrag stimmen. Der Fraktionschef der GLP beschäftigt das Parlament heute Abend mit einem Beschlussantrag, der chancenlos sein wird, unter anderem weil nur die Hälfte der GLP-Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Dafür habe ich wenig Verständnis. Gian von Planta (GLP) schlägt vor, die Ratssitzung auf den Morgen eines Werktages zu legen. Aufgrund der Verfügbarkeit des Ratssaals käme sehr wahrscheinlich nur der Mittwochmorgen in Frage. Am Mittwochnachmittag würden dann anschliessend noch die Fraktionssitzungen stattfinden. Diese können nicht auf den Dienstagabend gelegt werden, weil dann unzählige Kommissionen tagen. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte müssten demzufolge den ganzen Mittwoch bei der Arbeit fehlen. Für Leute, die nicht in der Verwaltung oder bei einem Verband arbeiten, ist es aber nicht möglich, mitten in der Woche einen Tag zu fehlen. Wir sind der festen Überzeugung, dass unser traditionelles Feierabendparlament funktioniert und sich die Belastung der Ratsmitglieder gerade noch in erträglichen Grenzen hält. Im Sinne der Ratseffizienz bitte ich Gian von Planta (GLP), diesen unsinnigen und chancenlosen Vorstoss zurückzuziehen.

Weitere Wortmeldungen:

Peter Küng (SP): Die grosse Mehrheit der SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Verschiebung der Sitzungszeit nicht zielführend wäre. Für viele Ratsmitglieder wäre es aus beruflichen Gründen tatsächlich schwierig, ihr Mandat noch auszuüben. Auch haben interessierte Bürgerinnen und Bürger das Recht darauf, die Sitzung zu einer für sie passenden Zeit von der Tribüne aus zu verfolgen. Mit der Sitzung am Morgen würden wir nicht viel gewinnen. Um den Ratsbetrieb flexibel zu halten, müssten die Fraktionssitzungen tatsächlich auf den Abend gelegt werden. Angesichts der Flut von Sitzungen und Anlässen bin ich übrigens manchmal einfach froh, dass bei mir der Mittwochabend besetzt ist. Was mich stört, ist die Symbolpolitik und die Aussage, der Gemeinderat verfüge über ein zu grosses Budget, als dass er nur am Abend tagen könnte. Der Gemeinderat ist nur so wichtig, wie er seine Arbeit gut macht. Und am Tag ist er sicher nicht gescheiter als am Abend.

Michael Baumer (FDP): Nicht die Grösse des Budgets entscheidet über die Form des Rats, sondern unsere Vorstellung davon, wie der Ratsbetrieb am besten organisiert werden kann. Der Beschlussantrag äussert sich nicht zu der Frage, ob der Gemeinderat weiterhin ein Milizparlament bleiben soll, oder ob eine Professionalisierung vorgesehen ist. Faktisch würde die Umsetzung des Vorstosses aber auf eine Professionalisierung hinauslaufen. Jedes Mitglied müsste sich künftig, die Kommissionssitzungen nicht eingerechnet, zu 20 Prozent freistellen lassen. Eine Professionalisierung müsste aber konsequent zu Ende gedacht werden und würde, im Hinblick auf die Produktivität und Effektivität des Ratsbetriebs, die Reduktion des Rats auf höchstens 60 Mitglieder bedingen. Schliesslich haben sich jeweils nur wenige Mitglieder des Rats in der Kommission mit einer Vorlage auseinandergesetzt; die anderen sitzen dann während der Sitzung tatenlos herum und warten auf die Abstimmung. Natürlich erlangen wir nachts um zehn nicht mehr erhellende Erkenntnisse. Aber wir wissen ja, dass die Entscheide meist nicht erst in der Ratssitzung gefällt werden, sondern dass es vor allem auch darum geht, die Argumente vor den Medien auszutauschen. Die FDP-Fraktion wird den Beschlussantrag nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, in diesem Rat sollen alle Bevölkerungsschichten mitreden können.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP-Fraktion lehnt den Beschlussantrag ab. Zwar ist das heutige System nicht besonders familienfreundlich. Bei vielen Arbeitgebern wäre es aber nicht möglich, einen halben oder sogar einen ganzen Tag pro Woche zu fehlen. Und wir wollen kein Parlament, das nur aus Funktionären, Lobbyisten und Beamten besteht – es müssen alle Bevölkerungsschichten vertreten sein. Es sei daran erinnert, dass wir alle freiwillig im Rat sind. Wer überlastet ist und den Mittwochabend lieber zu Hause verbringen möchte, kann zurücktreten. Allerdings würde der Abend schnell wieder von Parteianlässen in Beschlag genommen. Übrigens können wir die Länge der Sitzungen ein Stück weit selber beeinflussen und begrenzen, indem wir uns kürzer fassen und weniger Vorstösse einreichen.

Markus Knauss (Grüne): Jeder Abschied ist schwer – vor allem dann, wenn man sich von alten Denkmustern lösen muss. Das Bild vom Gemeinderat, der bis in die Nacht hinein Sitzung hat und am nächsten Morgen wieder um sechs Uhr im Büro sitzt, hat nichts mit der Realität zu tun. Wer Politik betreibt, tut dies nicht erst ab 17 Uhr, sondern denkt den ganzen Tag hindurch politisch. Es ist schade, dass die Tageszeitungen das Ergebnis unserer Debatten am Donnerstag oft nicht vermelden können, weil unsere Beratungen bei Redaktionsschluss immer noch andauern. Der Kantonsrat tagt übrigens am Morgen, und ich bin mir sicher, dass die meisten von Ihnen, die jetzt gegen die Verschiebung der Sitzungszeit sind, sehr wohl am Morgen an einer Sitzung teilnehmen könnten – dann nämlich, wenn dereinst einmal der hohe Kantonsrat ruft. Für mehr

Macht und Bedeutung ist man offenbar eher bereit, sich vom alten Denkmuster zu lösen. Unser Parlament hat eine gewisse Bedeutung und verdient deshalb auch eine bessere Sitzungszeit. Ich wünsche mir mehr Ernsthaftigkeit und finde, diese könnte sich durchaus in der Sitzungszeit manifestieren.

Christoph Spiess (SD): Für einen normalen Bürger ist es heute schon fast unmöglich, im National- oder Kantonsrat zu sitzen. Sehr viele Leute haben nicht die Möglichkeit, ganze Tage von der Arbeit fernzubleiben. Wollen wir wirklich ein Parlament werden, das nur noch aus gewissen Freiberuflern, Verbandsfunktionären und Teilzeitangestellten besteht? Die von Michael Baumer (FDP) angesprochene Professionalisierung hätte eine Entfernung vom Volk zur Folge. Im Übrigen ist der Andrang bei den Gemeinderatswahlen jeweils gross, was doch für das heutige System spricht. Die vorzeitigen Rücktritte finden sicher nicht nur statt, weil die Leute den Mittwochabend frei haben wollen. Wegzüge und die Wahl in andere Ämter dürften da schon eher eine Rolle spielen. Mich persönlich belasten überlange Sitzungen am Stück auch. Was die Medien betrifft, müssen wir uns einfach eingestehen, dass wir für diese nicht interessant genug sind. Daran würde auch eine andere Sitzungszeit nichts ändern. Aus diesen Gründen sollten wir beim alten, bewährten System bleiben.

Dr. Martin Mächler (EVP): Der Vorstoss weist etliche sympathische Punkte auf, z. B. das Argument Familienfreundlichkeit. Das übermüdete Hocken und Schwatzen an Nachtsitzungen ist in der Tat nicht schön und könnte durchaus für das schlechte Image, das unserem Parlament mancherorts anhaftet, verantwortlich sein. Ich bin auch der Meinung, dass etwas, das seit Jahren Bestand hat, deswegen nicht zwingend das Beste sein muss. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass sich jede und jeder Einzelne von uns auf den Ratsbetrieb eingestellt hat, als er oder sie gewählt wurde. Die EVP hat deswegen Stimmfreigabe beschlossen. Der SVP-Fraktion möchte ich nahelegen, sich bei solchen Fragen, die sich nicht eigentlich um Politik drehen, ebenfalls die Stimmfreigabe zu überlegen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Votum von Mauro Tuena (SVP) hat aufgezeigt, dass sich der Beschlussantrag gar nicht verwirklichen lässt. Der Vorstoss ist nichts weiter als ein Angriff auf das Milizsystem, und dies ist eine staatspolitische Frage. Es macht durchaus Sinn, dass Kantons- und Gemeinderat unterschiedlich organisiert sind – so kann sich jeder und jede gemäss den eigenen Möglichkeiten das passende Parlament aussuchen. Ein Paradigmenwechsel, wie er gefordert wird, würde viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier einfach ausschliessen.

Niklaus Scherr (AL): Wenn sich die Professionalität durch die Höhe des Budgets bestimmt, so war die letzte Budgetdebatte mit den vielen Rückweisungen von Seiten der GLP vielleicht nicht gerade professionalitätsfördernd. Unser Problem ist die selbstverschuldete Vorstossflut. Nicht einmal der Leidensdruck von Nachtsitzungen vermag die Vorstösse einzudämmen. Nicht auszudenken, was uns bei Morgensitzungen mit offenem Ende noch alles blühen würde. Die einzig relevante Diskussion betreffend den Sitzungstermin wurde in den 90er-Jahren geführt: Es ging um die Frage, ob die Sitzung einschliesslich die vorangehenden Fraktionssitzungen vom Mittwochabend auf einen anderen Abend verlegt werden könnte, da der Mittwochnachmittag schulfrei war. Aufgrund der Raumverhältnisse war eine Verschiebung allerdings nicht möglich.

Dominique Feuillet (SP): Der Vorstoss berührt einen wunden Punkt, nämlich unsere aufgeblähte Traktandenliste und die Tatsache, dass wir unserer Arbeit nicht nachkommen. Ein Sitzungstermin am Morgen würde die Situation aber nicht verbessern. Unser Parlament leidet unter der hohen Anzahl persönlicher Vorstösse, die ich für ein Milizparlament als unwürdig empfinde. Weiter leidet das Parlament darunter, dass wir Zürche-

rinnen und Zürcher nun einmal gern und viel reden. Wenn wir mehr Effizienz erreichen wollen, müssen wir den Debatten eine gewisse Struktur geben und die Redezeit auf das für das jeweilige Geschäft Nötige beschränken. Ich bin gegen eine Professionalisierung des Parlaments. Eine Effizienzsteigerung können wir auf anderem Weg erreichen, dazu ist auch keine Verschiebung des Sitzungstermins nötig.

Martin Luchsinger (GLP): Politik ist Arbeit. Es liegt in unserer Eigenverantwortung, die Arbeit im Griff zu haben. Den Ausdruck ‹Feierabendparlament› empfinde ich als despektierlich. Ich erlebe das Politisieren im Gemeinderat als seriös und lehrreich. Für mich ist der Respekt für die Politik und für diejenigen, die Politik betreiben, zentral. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Respekt in der Bevölkerung abnimmt, solange wir uns und unsere Arbeit selber nicht respektieren. Eine Änderung der Sitzungszeit würde uns kaum schneller und effizienter machen. Die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie ist bestimmt schwierig. Allerdings dürfte die Zeit, die man – bei einem allenfalls reduzierten Pensum – am Mittwochmorgen vor der Sitzung mit den Kindern verbringt, wertvoller sein als die Zeit, die einem nach der Sitzung bleibt. Die Rücktritte würden mit einer Änderung der Sitzungszeit sicher massiv zunehmen, würden doch auf einmal all jene zurücktreten, die wirtschaftlich eingebunden sind und nicht nur eine politische Karriere verfolgen. Die Zusammensetzung des Rats würde sich ändern, und wir würden unsere Wählerschaft noch schlechter spiegeln. Eine aktive politische Partizipation auf lokaler Ebene soll weiterhin im Milizsystem möglich sein, daher ist der Beschlussantrag abzulehnen.

Irene Bernhard (GLP): Aus meiner persönlichen Sicht verdient der Beschlussantrag Zustimmung. Laut CVP und FDP ist es wichtig, dass alle Gesellschaftsschichten im Gemeinderat vertreten sind. Eine Gesellschaftsschicht wird aber je länger je mehr verdrängt, nämlich die Eltern von kleinen Kindern. Es braucht einen sehr vertrauensvollen Partner, der bereit ist, zwei Abende pro Woche die Betreuung der Kinder zu übernehmen. Eine Änderung der Sitzungszeit könnte es den Männern vielleicht vereinfachen, Teilzeit zu arbeiten. Es kommt ja immer auf den Grund und das Prestige des nebenberuflichen Engagements an. Würden wir uns im Rat mehr Mühe geben und einander ernst nehmen, könnten wir das Ansehen unseres Parlaments verbessern. In der Folge wäre eine Tagessitzung einfacher mit einem 100-Prozent-Pensum zu verbinden, weil der Arbeitgeber ein besseres Bild vom Gemeinderat hätte.

Roger Tognella (FDP): Das Politisieren im Stadtparlament findet nicht von 9 bis 17 Uhr statt, sondern in der Freizeit – und durchaus auch mal bis 23 Uhr. Die Medienpräsenz hört verständlicherweise ungefähr um 22 Uhr auf. Danach kommt, zugegeben, jeweils kaum noch etwas Neues heraus, aber die Debatten müssen nun einmal geführt werden, und zwar mit einer gewissen Ernsthaftigkeit. Wir dürften eigentlich stolz darauf sein, dass wir mit den Vorstössen und Weisungen, die doch eine gewisse Tragweite haben, ziemlich professionell umzugehen verstehen. Der Beschlussantrag ist eine Frechheit, weil nicht einmal die ganze Fraktion hinter dem Fraktionspräsidenten steht. Die FDP wird den Antrag geschlossen ablehnen. Wir würden einen Beschlussantrag, der nicht von der klaren Mehrheit der Fraktion getragen wird, gar nicht erst einreichen.

Gerhard Bosshard (EVP): Ich bin für das Milizparlament und daher gegen eine Änderung. Auch bin ich für eine Reform unserer Zusammenarbeit, insbesondere für eine Reduktion der Redehäufigkeit. Zu bedenken geben möchte ich die Frage, ob wir nicht dem Stadtrat mehr Kompetenzen geben sollten, damit der Gemeinderat seiner primären Aufgabe nachkommen kann.

Marc Bourgeois (FDP): Markus Knauss (Grüne) möchte langfristig Profipolitiker (mit entsprechendem Lohn) nach deutschem oder EU-Vorbild. Sogenannte Apparatschiks

handeln aber nicht aus eigener Überzeugung, sondern werden bezahlt für ihre Meinung. Ein so geartetes Parlament würde mit der Verwaltung zusammenwachsen. Eine Volksvertretung könnte nicht mehr stattfinden. Das Milizsystem würde schleichend untergehen, und die Politik wäre nur noch für einen erlauchten Kreis von Lobbyisten und Beamten da. Angesichts der schwachen Leistung der Verwaltung in Sachen Sechseläutenplatz glaube ich nicht, dass ein solches Parlament professioneller wäre.

Gian von Planta (GLP): *Ich freue mich ja schon darauf, dass die SVP keine chancenlosen Vorstösse mehr einreichen wird ... Ich bin sehr wohl ein Fan des Milizparlaments. Aber es soll die richtige Zusammensetzung haben. Auch Familienväter sollen Platz haben. Wenn wir weitermachen wie bisher, dürften diese aber immer weniger werden. Die Fraktionssitzungen würden keinesfalls am Abend stattfinden. Die Idee ist, dass wir von 8 bis 11.30 Uhr Sitzung haben und anschliessend eineinhalb bis zwei Stunden Fraktionssitzung machen. Am Nachmittag kann wieder gearbeitet werden. Alternativ könnte die Fraktionssitzung auch von 8 bis 9.30 Uhr, und anschliessend die Gemeinderatssitzung bis 13 Uhr abgehalten werden.*

Mauro Tuena (SVP): *Die Aussage von Gian von Planta (GLP), wonach Morgensitzungen die richtige Zusammensetzung des Rats zur Folge hätten, ist bedenklich. Es besteht übrigens ein Unterschied zwischen einem chancenlosen Vorstoss, den man im Interesse eines Quartiers und im Auftrag des Soveräns einreicht, und einem chancenlosen Beschlussantrag, der ausserhalb des Rats niemanden betrifft. Während Markus Knauss (Grüne) Politik für die Medien macht, macht die SVP Politik für die Wählerinnen und Wähler. Ganz im Gegensatz zu unserer Tribüne am Mittwochabend bleibt die Tribüne des Kantonsrats am Tag jeweils leer. Übrigens haben Anzahl und Umfang der stadträtlichen Weisungen in den letzten Jahren zugenommen. Das Parlament behindert sich also nicht nur selber. Die Anzahl parlamentarischer Vorstösse ist in den letzten 14 Jahren mehr oder weniger gleich geblieben. Die GLP soll ihre Fraktionssitzung in Zukunft bitte vor der Gemeinderatssitzung abhalten.*

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 24 gegen 96 Stimmen ab.

2583. 2012/121

Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 21.03.2012:

Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Ausrichtung einer Mandatsentschädigung statt eines Sitzungsgeldes für die Plenarsitzungen

Markus Knauss (Grüne) *begründet namens der Grüne-Fraktion den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 2495/2012): Die Arbeit im Rat ist von zentraler Bedeutung; es wird öffentlich gestritten, und es werden Mehr- und Minderheiten gebildet. Deshalb liegt es im höchsten Interesse aller Fraktionen, dass ihre Leute im Saal anwesend sind. Früher wurde die Meinungsbildung fast ausschliesslich in den Fraktionssitzungen gemacht. Der Austausch in den Fraktionssitzungen genügt mittlerweile aber nicht mehr. Die Grüne-Fraktion pflegt z. B. einen sehr intensiven Austausch, unter anderem per E-Mail. An der Fraktionssitzung kann dann kaum noch Einfluss auf die Meinungsbildung genommen werden. Ebenfalls zugenommen haben zusätzliche Fraktionstagungen. Ändern wollen wir das Entschädigungssystem nur für die Plenarsitzungen, nicht aber für die Kommissionssitzungen; deren sehr unterschiedliche Belastungen verunmöglichen ein korrektes, für alle stimmiges System. Bewusst offengelassen haben wir die Höhe der Mandatsentschädigung. Diese müsste bei Überweisung des Beschlussantrags offen diskutiert werden. Klar ist, dass das System der Sitzungsgelder für die Plenarsitzungen unseren Leistungen nicht mehr gerecht wird.*

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt den Beschlussantrag geschlossen ab. Wäre der Antrag ernst gemeint, wären die Vorstellungen detailliert ausformuliert worden. Die Offenheit dieses Beschlussantrags erkläre ich mir damit, dass eine Aufstellung der abzuknöpfenden Steuergelder im Vorfeld mediales Aufsehen erregt hätte. Das im Antrag vorgeschlagene System wäre für die Steuerzahlenden schlechter als das bisherige System. Die Ausgaben zugunsten der einzelnen Mitglieder unseres Parlaments wären um einiges höher. Dass Markus Knauss (Grüne) seine Arbeit hier im Rat gern macht, glaube ich ihm sofort. Auch ich komme gern an die Sitzungen und bin bereit, einen Teil meiner Freizeit herzugeben. Und ich hätte kein Verständnis dafür, wenn gewisse Dinge, wie z. B. die Mittagessen an den samstäglichen Klausuren, plötzlich entschädigt würden. Wir wollen am bisherigen System festhalten.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Der vorgeschlagene Systemwechsel würde dazu führen, dass man auch bei Abwesenheit entschädigt würde. Der Aufwand für die parlamentarische Arbeit ist möglicherweise gestiegen. Diskutieren kann man über eine Anpassung der Sitzungsgelder und der Grundentschädigung. Es ist aber sicher keine sinnvolle Lösung, genau jene zu belohnen, die gar nicht anwesend sind und somit auch keinen gestiegenen Aufwand haben. Die Stadtbevölkerung verlangt, dass wir am Mittwochabend in den Ratsaal kommen, um ihre Interessen zu vertreten. Die Wählerschaft hätte sicher kein Verständnis dafür, wenn wir unseren Auftrag zwar nicht erfüllen, aber dennoch voll entschädigt würden.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP lehnt den Beschlussantrag einstimmig ab. Die Grünen führen eine Scheindebatte, enthält doch der Antrag keine klaren Aussagen zur Höhe der Mandatsentschädigung – diese wird vielmehr bequem an das Büro delegiert. Wer schon eine Änderung der Entschädigung verlangt, soll dies bitte mit konkreten Forderungen tun. Verglichen mit anderen Parlamenten wird der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt überhaupt nicht schlecht entschädigt.

Roger Tognella (FDP): Der Vorstoss würde zu einer teureren, nicht aber zu einer besseren Lösung führen. Florian Utz (SP) hat die Sache auf den Punkt gebracht; das Giesskannenprinzip ist hier sicher fehl am Platz. Und wem soll die Festlegung der Mandatsentschädigung eigentlich überlassen werden?

Matthias Probst (Grüne): Es geht uns hier nicht um mehr oder weniger Geld, sondern um Verantwortung. Die Wählerinnen und Wähler haben uns gewählt, weil sie darauf setzen, dass wir politischen Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Stadt Zürich. Und nicht, damit wir jeweils möglichst lange im Saal sitzen. Wer nur wegen des Sitzungsgeldes hier drin sitzt, ist fehl am Platz. Die am Anfang jeder Sitzung auszufüllende Präsenzliste erinnert an kindergartenähnliche Zustände. Ein Dogmawechsel ist nötig; wir wollen für unser politisches Mandat und die damit verbundene Verantwortung entschädigt werden. Vielleicht würden sich dann einige Mitglieder auf unseren Grundauftrag besinnen und die Debatten ein bisschen kürzer halten.

Alecs Recher (AL): Auch die AL lehnt den Beschlussantrag ab. «Hinterbänkler» erhalten so oder so Geld, sei es in der Form von Sitzungsgeldern oder in der Form einer Mandatsentschädigung.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 105 gegen 15 Stimmen ab.

2584. 2011/209

Weisung vom 15.06.2011:

Polizeidepartement, Änderung von Art. 16 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 2 der Verordnung über das Taxiwesen (Taxiverordnung)

Antrag des Stadtrats

1. Die Taxiverordnung vom 15. Juli 2009 wird wie folgt geändert:
Art. 16 Tarif
¹Der Stadtrat erlässt nach Anhörung der Taxikommission einen verbindlichen Höchsttarif.
Abs. 2 und 3 unverändert.

Art. 24 Strafbestimmungen
Abs. 1 unverändert.
Abs. 2 durch Gerichtsurteil aufgehoben.
Abs. 3 wird zu Abs. 2.
2. Der Stadtrat setzt diese Änderungen zusammen mit der Taxiverordnung vom 15. Juli 2009 in Kraft.

Kommissionsreferent:

Marc Bourgeois (FDP): Die einzelnen zu ändernden Artikel der Taxiverordnung hat der Gemeinderat bereits 2009 abgesehen. Danach reichte ein Taxiunternehmen Gemeindefbeschwerde beim Bezirksrat ein und bat um Aufhebung der Bestimmungen Art. 16 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 2. Der Bezirksrat hiess die Beschwerde 2010 teilweise gut und hob insbesondere die beiden genannten Bestimmungen auf. Die Stadt hat sich damit nicht zufrieden gegeben. Vor dem kantonalen Verwaltungsgericht ist sie 2010 aber unterlegen. In der Folge, 2011, bestätigte das Bundesgericht den Entscheid der beiden Vorinstanzen. Wir müssen die Taxiverordnung anpassen, weil das Bundesgericht es will. Die Stadt darf keinen fixen-, jedoch einen Höchsttarif zum Schutz der Kunden vorgeben. Dies ist gemäss Bundesgericht der einzige Grund, warum die Stadt überhaupt in die Preisbildung der Taxis eingreifen darf. Weiter darf die Stadt Aufträge aus der Stadt Zürich heraus an ortsfremde Taxis nicht verbieten. Ein in der Zwischenzeit ergangener Verwaltungsgerichtsentscheid verbietet es der Stadt, von einem Taxifahrer zu verlangen, dass er in der Schweiz wohnt. Die Konsequenz aus diesem Urteil wurde gleich in die neue Taxiverordnung einbezogen, damit diese bald in Kraft treten kann. Betreffend die Preisanschreibung bestimmte die Kommission, dass die wesentlichen Elemente des Preises aussen am Taxi angebracht werden müssen, z. B. mittels einer Magnettafel. Eine kleine redaktionelle Nachführung wurde im Zusammenhang mit dem Begriff Tarifordnung vorgenommen. Die Kommission hat diese Änderungen einstimmig angenommen. Mit dieser Taxiverordnung werden wir wieder klare Spielregeln haben. Sie wird aber dazu führen, dass das städtische Taxigewerbe den bisher genossenen Schutz verliert. Die dem Gewerbe auferlegten Regulierungen werden hingegen bestehen bleiben. Diese Benachteiligung des städtischen Taxigewerbes im Vergleich mit ortsfremden Taxis lässt sich aber hoffentlich bald entschärfen. Die Kommissionsmehrheit beantragt, sämtliche Änderungsanträge gemäss Dispositiv anzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Marianne Aubert (SP): Leider ist es uns nicht gelungen, den Schutz der Zürcher Taxis aufrechtzuerhalten. Wir hoffen, dass eine Lösung über die städtischen Standplätze und

die Beschriftungen der Taxis möglich ist. Für uns Zürcherinnen und Zürcher ist es keine gute Lösung, dass alle in Zürich arbeiten können; oft fehlt den Taxifahrerinnen und -fahrern die Ortskundigkeit. Trotzdem liegt uns, damit die Verordnung überhaupt in Kraft treten kann, die bestmögliche Lösung vor.

Tamara Lauber (FDP): Der einstimmige Entscheid der Kommission ist erfreulich. Weniger erfreulich war die Antwort des Stadtrats auf die FDP-Motion. Der Stadtrat hat offenbar nicht erkannt, dass gerade im Taximarkt ein offensichtliches Staatsversagen stattgefunden hat. In keiner anderen Gemeinde im Kanton Zürich ist der Taximarkt derart stark reguliert – bei gleichzeitigem Chaos. Mit der vorliegenden Lösung kommen wir nicht weiter, deshalb hat die FDP eine entsprechende Motion eingereicht. Stadtzürcher Taxis müssen heute mit ungleich langen Spiessen gegenüber den regionalen Konkurrenten im Markt bestehen. Dieser Markt wird von der Stadt Zürich künstlich geografisch begrenzt, was nicht mehr zeitgemäss ist, wie neben der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts auch die Empfehlungen der Wettbewerbskommission zeigen. Jetzt ist der Zeitpunkt für einen Neuanfang, für eine neue liberale Taxiverordnung. Taxifahrerinnen und -fahrer sollen mehr Verantwortung und Kompetenz erhalten, indem Ausbildung, Marktzulassung und Qualitätskontrolle zur Reglementierung ans Gewerbe delegiert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Handlungsspielraum der Stadt ist im Bereich Taxi durch die Bundesgesetzgebung und durch das Bundesgerichtsurteil nicht mehr gross. Es gilt nun, die Verordnung zu heilen, damit sie in Kraft treten kann. In der Tat ist die Situation im Taxigewerbe nicht wirklich befriedigend. Die Branche gibt aber auch nicht immer eindeutige Zeichen, etwa wenn sie fordert, die Lizenzen seien einzuschränken. Dies ist nicht möglich, und somit kann die Stadt letztlich nicht viel für die grosse Anzahl Taxibetriebe. Ich bin aber bereit, darüber zu sprechen, wie die Rahmenbedingungen in Zukunft diskutiert werden könnten. Eine kantonale Lösung etwa fände ich durchaus diskussionswürdig. Gleichzeitig bin ich froh, dass die Kommission ein Einsehen hatte und die Verordnung soweit bereinigte.

Änderungsantrag 1

Die SK PD/V beantragt folgende Streichung von Art. 11 Abs. 2 lit. d) der Taxiverordnung:

Art. 11 Taxiausweis

²Dieser Ausweis wird erteilt, wenn die Bewerberinnen oder Bewerber

- a) im Besitz des Führerausweises zum berufsmässigen Personentransport sind;
- b) die Fachprüfung bestanden haben;
- c) sich über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache ausweisen können und
- d) über einen festen Wohnsitz in der Schweiz verfügen.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Markus Knauss (Grüne), Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Enthaltung: Alecs Recher (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V stillschweigend zu.

Änderungsantrag 2

Die SK PD/V beantragt folgende Änderung von Art. 16 Abs. 1:

Art. 16 Tarif

¹Der Stadtrat erlässt nach Anhörung der Taxikommission eine Tarifordnung mit verbindlichen Höchsttarifen.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Markus Knauss (Grüne), Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Enthaltung: Alecs Recher (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V stillschweigend zu.

Änderungsantrag 3

Die SK PD/V beantragt folgenden neuen Art. 16. Abs. 2:

²Die wesentlichen Elemente des Tarifs sind aussen am Fahrzeug und der vollständige Tarif ist innen am Fahrzeug gut sichtbar bekannt zu geben. Der Stadtrat regelt nach Anhörung der Taxikommission die Details.

[Die nachfolgenden Absätze erhalten eine neue fortlaufende Absatznummer.]

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Markus Knauss (Grüne), Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Enthaltung: Alecs Recher (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V stillschweigend zu.

Änderungsantrag 4

Die SK PD/V beantragt folgende Änderung von Art. 24 Abs. 2:

Art. 24 Strafbestimmungen

Abs. 1 unverändert.

Abs. 2 aufgehoben.

Abs. 3 wird zu Abs. 2.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Markus Knauss (Grüne), Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Roger Tognella (FDP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V stillschweigend zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Überweisung der bereinigten Vorlage als Ganzes an die Redaktionskommission (RedK)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 120 gegen 0 Stimmen zu und überweist die Vorlage an die RedK.

Damit ist beschlossen:

1. Die Taxiverordnung vom 15. Juli 2009 wird wie folgt geändert:

Art. 11 Taxiausweis

²Dieser Ausweis wird erteilt, wenn die Bewerberinnen oder Bewerber

- a) im Besitz des Führerausweises zum berufsmässigen Personentransport sind;
- b) die Fachprüfung bestanden haben;
- c) sich über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache ausweisen können und

Art. 16 Tarif

¹Der Stadtrat erlässt nach Anhörung der Taxikommission eine Tarifordnung mit verbindlichen Höchsttarifen.

²Die wesentlichen Elemente des Tarifs sind aussen am Fahrzeug und der vollständige Tarif ist innen am Fahrzeug gut sichtbar bekannt zu geben. Der Stadtrat regelt nach Anhörung der Taxikommission die Details.

(Die nachfolgenden Absätze erhalten eine neue fortlaufende Absatznummer.)

Art. 24 Strafbestimmungen

Abs. 1 unverändert.

Abs. 2 aufgehoben.

Abs. 3 wird zu Abs. 2.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderungen zusammen mit der Taxiverordnung vom 15. Juli 2009 in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

2585. 2009/602

Weisung vom 06.04.2011:

Dringliche Motion von Robert Schönbächler (CVP) betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2009/602, von Robert Schönbächler (CVP) vom 16. Dezember 2009 betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.
3. Auf den mit der Dringlichen Motion, GR Nr. 2006/185, der CVP-Fraktion betreffend VBZ-Depot Hard/Escher-Wyss, Verlegung, vom 17. Mai 2006 erteilten Auftrag, eine Vorlage zu unterbreiten, um das Tramdepot Hard an die Aargauerstrasse zu verlegen und das heutige Tramdepot Hard einer neuen Nutzung zuzuführen, wird ver-

zichtet.

4. Die Motion, GR Nr. 2006/185, der CVP-Fraktion betreffend VBZ-Depot Hard/Escher-Wyss, Verlegung, vom 17. Mai 2006 wird abgeschrieben.
5. Die Motion, GR Nr. 2002/493, von Joseph Köppli und Rolf Naef (beide SP) vom 20. November 2002 betreffend Tramdepot Hard, Objektkredit für den kommunalen Wohnungsbau beim Areal, wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.
6. Die Motion, GR Nr. 2000/145, von Monika Spring-Gross (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom 29. März 2000 betreffend Escher-Wyss-Quartier, Realisierung von Verbindungswegen, wird als erfüllt abgeschrieben.

Kommissionsreferent:

Mario Mariani (CVP): *In der Weisung geht der Stadtrat auf die verschiedenen Anliegen der Motionäre ein und zeigt unter anderem zwei Varianten des Testprojekts auf. Die in der Motion geforderte Überbauung wäre grundsätzlich machbar, ist aufgrund der engen Zielsetzung nach Meinung des Stadtrats aber nicht erfüllbar. Nach langer Diskussion über einen allfälligen Dispoänderungsantrag hat sich die Kommission dagegen – und für eine neue Motion – entschieden. Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, der Weisung zuzustimmen. Die insgesamt fünf Motionen sind abzuschreiben.*

Dr. Richard Wolff (AL) stellt den Ablehnungsantrag: *Nachdem wir in der Kommission noch in der Enthaltung waren und nach erneuter eingehender Auseinandersetzung mit der Sache sprechen wir uns gegen beide Vorlagen aus. Das Tramdepot ist am bisherigen Ort nicht mehr nötig und sollte an die Aargauerstrasse verschoben werden. Keiner der beiden Vorschläge der neuen Motion ist zielführend: Die Variante «Platte» würde sehr teuer und Abschreibungsbeiträge erfordern. Am Schluss würde sie des hohen Preises wegen sehr wahrscheinlich sowieso abgelehnt werden. Wir sind aber auch gegen die Abschreibung der ursprünglichen Motion von Robert Schönbächler (CVP). Es wäre falsch, das Tramdepot am jetzigen Standort noch einmal für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre zu sanieren. So würde viel Geld ausgegeben, das man besser in die Verschiebung des Depots an die Aargauerstrasse und in ein neues Projekt am Tramdepot Hard investieren würde. Dort hätte man die ganze Fläche zur Verfügung und könnte ein Projekt realisieren, das gemeinnützigen Wohnungsbau erlauben würde. So dramatisch, dass man sich die Angelegenheit nicht noch einmal anders überlegen könnte, kann der Zustand des Depots nicht sein. Es ist an der Zeit, die Stadtentwicklung ganzheitlich anzuschauen. Wir müssen uns um die langfristig besten Lösungen bemühen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *STR Andres Türlér (FDP) hat uns in der Kommission mehrmals dargelegt, warum ein zumindest teilweiser Erhalt des Tramdepots am Escher-Wyss-Platz nötig ist. Ich bin froh, dass die Motionen jetzt endgültig abgeschrieben werden sollen. Es handelt sich um eine 25-jährige und teure Leidensgeschichte. Die letztlich geplatzen Träume haben insgesamt 3,7 Mio. Franken gekostet. Die neue Ampelkoalition der CVP vermag die Leidensgeschichte keineswegs zu beenden. Die SVP geht mit der Mehrheit und mit dem Stadtrat.*

Michael Baumer (FDP): *Die FDP ist froh, dass in dieser Sache endlich vorwärts gemacht werden kann. Mit der heutigen Abschreibung wird aufgezeigt, dass die ursprüngliche Motion nicht umsetzbar ist. Das Tramdepot lässt sich nicht einfach halbieren oder ganz versenken. Das Tramdepot muss jetzt saniert werden. Wer einen öffentlichen Verkehr in der Stadt Zürich will, muss auch die dafür nötige Infrastruktur ermöglichen. Die Aargauerstrasse genügt als Ersatzdepot nicht und würde massive Mehrkosten verursa-*

chen. Steigende Billetpreise würden bei der AL aber sicher nicht gut ankommen. Verständlich ist hingegen, dass die AL die teure und letztlich den ÖV einschränkende Lösung «Platte» ablehnt. Wir werden der Abschreibung zustimmen.

Markus Knauss (Grüne): Eine der wesentlichsten Erkenntnisse in der Kommission war, dass das Tramdepot am bisherigen Standort nötig ist. Zweitens ist gemeinnütziger Wohnungsbau in der Stadt Zürich wichtig. Natürlich gibt es gewisse Vorbehalte. Ein Versuch sollte jedoch gewagt werden. Deshalb werden wir der Abschreibung der Weisung zustimmen und die Motion mit Überzeugung überweisen, denn wir sind gespannt, was der Stadtrat aus diesem Auftrag machen kann.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die GLP-Fraktion anerkennt einerseits, dass das VBZ-Areal Escher-Wyss städtebaulich viel Potenzial mit sich bringt. Andererseits ist uns klar, dass wer den Ausbau des ÖV fördert, auch um die benötigte Infrastruktur bemüht sein muss. Das Spannungsfeld zwischen den divergierenden Interessen einer potenziell interessanten Wohnlage und dem Bedürfnis nach einem weiter entwickelbaren ÖV erschwert die Diskussion. Der langwierige Planungsprozess hat bisher zu keinem überzeugenden Ergebnis für eine gemischte Nutzung des Areals geführt. Die schwierigen Grundstückeigenschaften mitsamt den erschwerten Rahmenbedingungen betreffend Lärmemissionen, feuerpolizeiliche Aspekte und baustatische Probleme führen dazu, dass die Erstellungskosten des geforderten gemeinnützigen Wohnungsbaus derart hoch sind, dass sie nicht mehr der kantonalen Wohnbauförderungsverordnung entsprechen.

Thomas Schwendener (SVP): Ich appelliere an Richard Wolff (AL), den Ablehnungsantrag zurückzuziehen und entweder mitzumachen oder in der Enthaltung zu bleiben. Die Wohnungen würden klar zu teuer.

Mario Mariani (CVP): Die Vernunft hat sich durchgesetzt. Die beiden Geschäfte wurden getrennt. Stimmen Sie der Weisung bitte zu und schreiben Sie alle fünf Motionen ab.

Schlussabstimmung

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Christoph Gut (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Gabriela Rothenfluh (SP), Ursula Uttinger (FDP) i.V. von Heinz F. Steger (FDP), Eva-Maria Würth (SP)

Enthaltung: Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 114 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2009/602, von Robert Schönbächler (CVP) vom 16. Dezember 2009 betreffend Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.
3. Auf den mit der Dringlichen Motion, GR Nr. 2006/185, der CVP-Fraktion betreffend VBZ-Depot Hard/Escher-Wyss, Verlegung, vom 17. Mai 2006 erteilten Auftrag, eine Vorlage zu unterbreiten, um das Tramdepot Hard an die Aargauerstrasse zu verle-

gen und das heutige Tramdepot Hard einer neuen Nutzung zuzuführen, wird verzichtet.

4. Die Motion, GR Nr. 2006/185, der CVP-Fraktion betreffend VBZ-Depot Hard/Escher-Wyss, Verlegung, vom 17. Mai 2006 wird abgeschrieben.
5. Die Motion, GR Nr. 2002/493, von Joseph Köppli und Rolf Naef (beide SP) vom 20. November 2002 betreffend Tramdepot Hard, Objektkredit für den kommunalen Wohnungsbau beim Areal, wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.
6. Die Motion, GR Nr. 2000/145, von Monika Spring-Gross (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom 29. März 2000 betreffend Escher-Wyss-Quartier, Realisierung von Verbindungswegen, wird als erfüllt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2586. 2012/165

Postulat der FDP- und GLP-Fraktion vom 11.04.2012: Suche neuer Sponsoren für das Junge Schauspielhaus bzw. die Schauspielhaus AG

Von der FDP- und GLP-Fraktion ist am 11. April 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er beim Jungen Schauspielhaus, bzw. bei der Schauspielhaus AG, dahingehend Einfluss nehmen kann, dass das Kulturinstitut zusätzliche Einnahmen durch Sponsoren generiert. In jeder neuen Weisung sollen die Einnahmen aufgeführt werden.

Begründung:

In der letzten Kulturdebatte im Gemeinderat wurde deutlich, dass die meisten Kulturinstitutionen trotz der erschwerten Wirtschaftslage bemüht und fähig sind, zusätzliche Einnahmen durch Sponsoren zu erhalten. In der vorliegenden Weisung 2011/497 sind beim Jungen Schauspielhaus unter Beiträge Stiftungen Fr. 50'000.--, bzw. ist unter Übrige Einnahmen ab 2011 kein Betrag eingestellt. Der Weisung ist ebenfalls zu entnehmen, dass mit der Ernst-Göhner-Stiftung (Fr. 50'000) keine feste Fördervereinbarung über die Spielzeit 2011/2012 besteht. Das Junge Schauspielhaus ist also ganz auf die Einnahmen Pädagogik, Theater und Subvention Stadt Zürich angewiesen. Wenn es für andere Kulturinstitutionen möglich ist, neben der städtischen Subvention auch von privater Seite Unterstützung zu erhalten, muss dies auch für das Junge Schauspielhaus, bzw. die Schauspielhaus AG möglich sein.

Mitteilung an den Stadtrat

2587. 2012/166

Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 11.04.2012: Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich

Von Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) ist am 11. April 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie unmittelbar rund um Zürcher Grossbahnhöfe von Montag bis Frei-

tag eine beschränkte Parkzeit für Velos von maximal 48 Stunden eingeführt werden kann.

Begründung:

Die Velonutzung in Zürich nimmt zu. Dies ist auch anhand der an Zürcher Grossbahnhöfen parkierten Velos festzustellen.

Die Stadt plant und realisiert derzeit neue Veloabstellanlagen und im Gemeinerat liegen verschiedene Vorstösse vor die neuen Veloparkierungslösungen rund um Grossbahnhöfe fordern um die gestiegende Nachfrage zu befriedigen.

Rund um hochfrequentierte Bahnhöfe wie z.B. den Hauptbahnhof, den Bahnhof Oerlikon, den Bahnhof Hardbrücke oder den Bahnhof Stadelhofen soll die Parkzeit bei Nicht-Bezahlparkplätze für Velos wochentags auf 48 Stunden beschränkt werden – ohne Zusatzkosten zu verursachen - um für weitere VelofahrerInnen Platz zu machen ihr Zweirad möglichst nahe an den öffentlichen Verkehrsmitteln abzustellen. Dies soll sowohl für Innen- wie auch für Aussenparkplätze geprüft werden.

Ähnliche Systeme wurden bereits in Luzern und Winterthur erfolgreich umgesetzt.

Diese Massnahme kann Kosten für neue Parkieranlagen senken, Flächen für Fussgänger frei machen und Langzeitparkierer dazu bewegen, weiter entfernte Parkmöglichkeiten zu nutzen.

Die Postulanten sind der Ansicht, dass die besten Abstellplätze denen vorbehalten sein sollten, die das Velo auch am meisten nutzen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. April 2012, 20.30 Uhr.